

K+S droht feindliche Übernahme

KASSEL. Der Kali- und Salzproduzent K+S bereitet sich offenbar auf eine feindliche Übernahme durch den Kali-Riesen Potash vor. Dies berichtet die „Wirtschaftswoche“ und beruft sich auf unternehmensnahe Kreise. Unterdessen unterstützt die hessische Landespolitik aus Sorge um Tausende Arbeitsplätze den Kasseler Kali-Konzern gegen die Übernahme durch den kanadischen Konkurrenten. Die Koalition von CDU und Grünen und die oppositionelle SPD unterstützten einen entsprechenden Antrag. „Uns geht es um die Standorte, uns geht es um die Arbeitsplätze“, erklärte Ministerpräsident Volker Bouffier.

K+S: Wünsche der Grünen meist ohnehin Pflicht

Konzern: „Ganz ohne Eingriff in die Umwelt geht es nicht“

GIESEN. Der Düngemittel-Konzern Kali+Salz (K+S) hat auf die Forderungen des Grünen-Kreisverbandes zu einer möglichen Wiederaufnahme des Kaliabbaus reagiert. Die Grünen hatten unter anderem möglichst wenig Bodenverbrauch, keine Versalzung des Grundwassers und Vermeidung von Schadstoffausstoß genannt (diese Zeitung berichtete). Unter diesen Voraussetzungen unterstütze die Partei, dass K+S „die Wirtschaftlichkeit im Nordkreis stärken“ wolle.

„Wir begrüßen, dass die Grünen die Chancen für Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze, die sich aus dem Projekt Siegfried-Giesen ergeben können, erkennen und das Projekt unterstützen“, schreibt K+S-Pressesprecher Ulrich Göbel jetzt in einer Stellungnahme. Und betont: „Die Forderungen betreffen nahezu ausschließlich allgemeine Maßgaben des Planungs- und Emissionsrechts, die bei der technischen Planung des Vorhabens sowie der späteren möglichen Umsetzung selbstverständlich berücksichtigt werden.“ Ohne die „Minimierung der Auswirkungen auf Menschen und Umwelt“ habe das Projekt schließlich „keine Chance auf Genehmigung“. Zudem berücksichtige K+S „selbstverständlich“ auch das Gebot der Nachhaltigkeit, also „einen ausgewogenen Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen sowie sozialen Gesichtspunkten“. Klar sei aber auch, dass die Nutzung heimischer Rohstoffe niemals ohne Eingriffe in die Umwelt möglich sein werde. Diese sollten aber so gering wie möglich ausfallen. *abu*